

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Band: 62 (1983)
Heft: 2

Artikel: Das Recht auf Arbeit und das Recht auf Faulheit oder : mehr Freizeit : ein gewerkschaftlicher Zeitzünder!
Autor: Stibler, Linda
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339972>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fortsetzung von Seite 17

beitende, alte Leute, Klein-(Subsistenz-)Bauern, Gastarbeiter und alle anderen, die für nichts, oder wenig oder in Niedriglohngruppen vergütet wurden; darunter fallen auch die Arbeitskräfte der Dritten Welt. Sie alle wollen jetzt nicht mehr geschöpft, sondern anständig bezahlt werden.

Die Automatisierung hat ihren Glanz für sie verloren. Sie hat zahllose Menschen einfach «ent-schäftigt». Arbeitslos aber können sie sich all die Güter nicht mehr kaufen, für deren vermehrte Produktion sie schliesslich wegautomatisiert wurden.

«Das Industriezeitalter hat sein Versprechen nicht eingehalten», sagt Hazel Henderson. Und die Leute merken es jetzt. Da stehen hier Inflation, strukturelle Arbeitslosigkeit, überhöhte Steuerforderungen, Versicherungs-, Sozial- und Gesundheitskosten. Und dort steht der Normalbürger, der nicht mehr weiss, wie er das alles bezahlen soll.

Regierungen, Parteien, Politiker, Bürokraten, Ökonomen und Firmenkonsortien sind auch ganz offensichtlich nicht mehr in der Lage, vernünftige Auswege zu finden — denn sie denken ja (ebenso wie Zukunftsforscher vom Schlage Hermann Kahns) «dinosaurisch», das heisst, nach dem Motto «vorwärts, höher, besser». Mehr Technik, mehr Maschinen, mehr Perfektion, mehr Automation, mehr und kompliziertere und teurere Technologie.

Die Abwehrreaktionen dagegen haben schon begonnen: Neben Steuerrevolten, Rassen- und Jugendkrawallen macht sich die «Spontanentspannungs»-Erscheinung des Industriezeitalters, wie Henderson es nennt, auch in «sanften» Entwicklungen Luft: Friedens- und Öko-Demonstrationen; zahlreiche

Kultur- und Wirtschafts-Mini-Aktivitäten zum Beispiel — machen weltweit zusammengenommen schon eine ganze «Untergrund-Ökonomie» und Alternativ-Kultur aus.

Kein Grund für Katastrophenstimmung

Auch für die westlichen Demokratien, meint Henderson, dürften in den 80er Jahren die grössten «Tests» anstehen, die sie jemals zu bestehen hatten. Es wird bei diesem Prozess nicht mehr darum gehen, ob man «links» oder «rechts» wählen soll. *Parteiprogramme werden künftig allein danach beurteilt werden, für wen, mit welchem Effekt, auf welchen Zeitraum gesehen, sie zugeschnitten sind.* Ob Energieformen verwaltbar, erneuerbar und für die Menschheit erhaltbar sein werden oder nicht. Da werden «ganz neue politische Konfigurationen entstehen». Auch «Regierungen werden — wie durch Drehtüren — ständig kommen und gehen» (Henderson).

Für die Futurologin ist das jedoch kein Grund für Katastrophenstimmung. Denn positive Anzeichen sind schon jetzt da: In den USA gibt es mittlerweile 50 Millionen Bürger, die sich

zeitweise aus der notorischen Arbeitslosigkeit durch Zusammenschlüsse in Kooperativen gerettet haben, fünf Millionen allein in Selbsthilfe- und Gesundheitsfürsorgegruppen. Eigenes Gemüse wird wieder angebaut, Häuser werden selbst gebaut und repariert. Bereits zehn Prozent der Gesamt-Arbeitsstellen-Zunahme geht mittlerweile aufs Konto solcher «informeller», selbständiger Beschäftigung zurück.

Ein ähnlicher Trend zeichnet sich auch in Europa ab: die Italiener zum Beispiel überleben in ihrer maroden, «formalen» Ökonomie nur deshalb noch so gut, weil Familien- und Kleinbetriebe in Form von unzähligen kleinen «Untergrund-Ökonomien» das Nötigste erwirtschaften.

In Hendersons «solarer Gesellschaft» werden neben verfeinertem Technischem gerade auch all die gebraucht werden, die bisher zu kurz gekommen sind: Frauen, Rassen- und Volksminderheiten, «Arme» — ganz einfach deshalb, weil dieser Teil der Menschheit ein ungeheures Potential an Fähigkeiten übrigbehalten oder entwickelt hat, auch mit «weniger» auszukommen.

Das Recht auf Arbeit und das Recht auf Faulheit oder:

Mehr Freizeit: Ein gewerkschaftlicher Zeitzünder!

Von Linda Stibler

«Sage mir, über wieviel Zeit Du verfügst, und ich sage Dir, was mit Dir los ist.» Diese Verzerrung eines Sprichwortes trifft ein zumeist unausgesprochenes

Unbehagen unserer Zeit. Die Leute leiden heute weit eher unter dem chronischen Zeitmangel als unter chronischem Geldmangel. Oder von einer andern

Seite her betrachtet: Wer Geld hat, hat keine Zeit, und wer Zeit hat, hat oft kein Geld. Das sind die Extreme, zwischen denen scheinbar kein vernünftiges Gleichgewicht zu finden ist. Dieses Gleichgewicht aber würde nicht mehr und nicht weniger als Freiheit bedeuten.

Wenn man einen Blick in die Geschichte wirft, dann begegnet man immer wieder demselben Grundmuster: Freizeit und damit Freiheit errangen sich die einen immer auf Kosten der Arbeit und der Unfreiheit der andern. Doch die eigentliche Zeitdiktatur wurde erst zu Beginn der Industrialisierung errichtet — damals als die Leute ihrer Arbeit und damit einen bestimmten Zeitanteil ihres Lebens als Ware verkaufen mussten. Im Bestreben, immer höhere Gewinne zu erzielen und mehr Kapital zu akkumulieren (eine dem Kapitalismus eigene Gesetzmässigkeit) wurde der Wert dieser Arbeitszeit auf ein Minimum reduziert. Bekannt sind die dramatischen Auswirkungen für die arbeitende Bevölkerung in der Frühindustrialisierung im 18. und vor allem im 19. Jahrhundert.

Menschen schufteten 16, 14, 12 Stunden am Tag und verdienten damit kaum das Nötigste zum Leben. Ihr ganzes waches Leben gehörte also ihrem Lohnherrn; die Sklaverei war perfekt, auch wenn sie als sogenannte freie Menschen nur ihre Arbeitszeit verkauften.

Der gewerkschaftliche Kampf wurde damals in aller Heftigkeit nicht nur für die Erhöhung der Löhne, sondern für die Verringerung der Arbeitszeit geführt. Bis zur Jahrhundertwende konnte in der Schweiz die Arbeitszeit mindestens auf 10 Stunden am Tag reduziert werden. Der Durchbruch zur 48-Stundenwoche erfolgte erst um 1920. Seither hat sich in diesem Land in Sachen Arbeitszeit wenig bis nichts mehr verändert.

Ist also alles in Ordnung? Hat man das Gleichgewicht zwischen Arbeitszeit und Freizeit, zwischen Verdienst und Freiheit gefunden? Und warum klagt man denn heute allgemein über Mangel an Zeit?

Das Tor zur Freiheit ist noch lange nicht aufgestossen. Das zeigt auf eindrückliche Weise eine Broschüre, die der VPOD als Diskussionsgrundlage veröffentlicht hat. Es waren vor allem die Frauen im VPOD, die die Grundlagen für diese Broschüre erarbeitet hatten. Das kommt nicht von ungefähr: Doppelbelastete Frauen spüren den chronischen Zeitmangel mehr als alle anderen. Sie stehen nicht nur unter Zeitdressur an ihrem Arbeitsplatz, sondern haben sich gleichzeitig noch nach den Stundenplänen der übrigen Familienmitglieder zu richten.

Die VPOD-Frauen haben 12 eigenwillige «Thesen über die Zeit» verfasst, die rücksichtslos die Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten in der heutigen Arbeitszeitstruktur aufdecken. Sie kommen zum wohlbegründeten Schluss, dass die einen länger leben als die andern, die einen über mehr Zeit verfügen als die andern, und dass sich darin nur die übrige soziale Ungerechtigkeit widerspiegelt. Statistiken beweisen: Leute, die schwere und eintönige Arbeit verrichten, haben eine massiv kürzere Lebenserwartung als Leute mit leichter oder sogenannte befriedigender Arbeit. Ein Hilfsarbeiter, der mit 16 Jahren ins Arbeitsleben eintritt und mit 65 pensioniert wird, hat ungleich länger im Leben gearbeitet als jemand, der noch einige Jahre zur Schule ging und studierte. Aber damit nicht genug! Die höchsten wöchentlichen Arbeitszeiten, den kleinsten Ferienanteil haben jene, die die schlechtestbezahlte und eintönigste Arbeit verrichten. Ganz zu schweigen davon, dass

der Preis einer Arbeitsstunde je nach Beruf und Position und Arbeitsort das -zigfache einer andern sein kann.

Demgegenüber steht eine in den letzten Jahrzehnten rasant gestiegene Arbeitsproduktivität, die sich allein in den letzten 20 Jahren verdoppelt hat. Wäre sie voll an die Arbeitnehmer in Arbeitszeit (und nicht nur zum kleinsten Teil in Lohnerhöhungen) weitergegeben worden, so würde man heute über die Zwanzigstundenwoche diskutieren! Und das führt sogleich zu den Problemen der Zukunft: Die bevorstehende Rationalisierungswelle (Mikroprozessoren) wird die Produktivität nochmals erheblich steigern, was bedeutet, dass immer weniger Leute ein Übermass an Arbeit haben, während die andern gar keine Arbeit finden und von Almosen leben müssen (die übrigens von der Allgemeinheit bezahlt werden!) Oder man nützt die gesteigerte Produktivität, um immer mehr Unsinniges und Unnötiges zu produzieren — letztlich nicht nur ein unverantwortbarer Verschleiss an Rohstoffen, sondern von unzähligen Stunden an Arbeitszeit, die «sinnlos» geleistet werden!

Wenn sich aber die industrielle und technische Entwicklung für alle je gelohnt hat, dann ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, damit sich die Menschen in ihr neu einrichten: Arbeiten, soviel wie nötig, produzieren und konsumieren, was man braucht. Die übrige Zeit kann für nötige unbezahlte Arbeit (zum Beispiel Familien- und Erziehungspflichten, Nachbarschaftshilfe usw.) gut gebraucht werden. Das wird heute von den meisten Werkstätigen — nicht zuletzt von den Frauen — noch zusätzlich geleistet. Ein Rest an Zeit aber müsste übrigbleiben, damit sich jeder frei

entfalten kann, jenseits des Zeitdrills und des Zwanges, Geld zu verdienen, damit er nachdenken, lernen und zum eigenen Vergnügen tätig sein kann. Zudem sollte jeder ein «Recht auf Faulheit» haben — ein fast vergessenes Postulat der Arbeiterbewegung!

Die Offenheit und Radikalität, mit der diese Themen formuliert sind, lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass die praktischen gewerkschaftspolitischen Folgerungen ebenso kühn und ohne zimperliches Abwägen gezogen werden. Sie münden in einer Forderung nach rasanter rascher Arbeitszeitverkürzung auf endlich 40 Wochenstunden. Das soll nur der erste Schritt zu einer die nächste Rationalisierungswelle begleitenden drastischen Reduktion auf 30 und weniger

Wochenstunden sein. Dieses Anliegen ist vordringlich. Die tägliche und wöchentliche Arbeitszeit muss verkürzt werden, somit die Lebensqualität für alle erhöht werden kann. Doch gehört dazu auch eine flexiblere Gestaltung (und Wahlmöglichkeiten) der wöchentlichen Arbeitszeit. Solche Massnahmen müssen auch begleitet werden: Selbstverständlich können nicht gleichzeitig die Löhne erhöht und die Arbeitszeit reduziert werden. Immerhin müssten in den untersten Kategorien die Löhne nachgezogen werden. Die Ungleichheiten belegen die Thesen vollauf. Zu den flankierenden Massnahmen gehört eine Anpassung des Männerrentenalters an dasjenige der Frauen, eine Möglichkeit zur flexiblen Gestaltung der Pensionierung und ein Rentenausgleich,

der Schwer- und Schichtarbeiter und jene mit den längsten Lebensarbeitszeiten begünstigt. Vier Wochen Ferien sollten endlich alle erhalten; auch die jugendlichen Werkstätigen sollten auf fünf Wochen Ferien Anspruch haben, nicht nur die Lehrlinge. Schliesslich müsste ein Recht auf Bildungszeit postuliert werden, das den Ausgleich zwischen «Gebildeten» und «Nichtgebildeten» schafft. Im Laufe einer Lebensarbeitszeit sollten Bildungsjahre eingeschoben werden, die die Zeit eines durchschnittlichen Studiums kompensieren. Das sind einige Ideen, die die VPOD-Broschüre «Mehr Freizeit — sinnvoller leben» aufwirft. Diese Ideen wurden für ein neues Zeitalter entwickelt, in dem Freiheit mehr als ein leeres Wort ist.

Hat die SP Angst vor dem Föderalismus?

Arbeitnehmereinfluss und Dezentralisierungstendenzen

Von Werner Bussmann

Man kann kaum sagen, dass die föderalistischen Institutionen unseres Landes auf die ungeteilte Zustimmung der Arbeiterbewegung gestossen sind. Dazu sind auch die politischen Nachteile zu gross. In der kleinen Kammer ist die sozialdemokratische Partei im Vergleich zu ihrem allgemeinen Wähleranteil deutlich untervertreten, weil in den Kleinkantonen überwiegend bürgerliche Kandidaten gewählt werden. In Vernehmlassungen unter den Kantonen kommen primär die Mehrheitsauffassungen der bürgerlichen Regierungsräte zum Ausdruck, während sich andere Standpunkte kaum durchsetzen können. In den Kantonen selbst sind die Anliegen der Linken aus verschiedenen Gründen nur schwer durchzusetzen: erdrückende bürgerliche Mehrheiten, mangelnde organisatorische Schlagkraft, Verfahrenshindernisse (obl. Gesetzesreferendum, Finanzreferendum usw.), Angst vor der Abwanderung von Einzelpersonen oder Betrieben in andere Kantone (z.B. bei Reichtumssteuer) usw. Obgleich sich die SP auf allen Ebenen des dreistufigen Föderalismus — zum Teil gemächlich — eingerichtet hat, ist dieses Wesenselement des schweizerischen Staates kaum viel mehr eine ungeliebte, wenn auch mehr oder weniger akzeptierte Nebenbedingung. Eine Nebenbedingung zudem, mit der auseinanderzusetzen es sich nicht lohnt.

Es scheint deshalb, dass im Ausland — z.B. in Frankreich — mit dem Argument der Dezentralisierung Wahlkampf betrieben und Wahlversprechen eingelöst werden.

Sozialismus und Dezentralisierung werden nunmehr als die zwei Seiten der gleichen Münze dargestellt: der Autonomie, welche integriert verstanden auch eine räumliche Dimension beinhalten muss. Auch bei uns scheint sich die Beziehung zwischen Föderalismus und Sozialismus wieder zu einem Gesprächsthema durchzumauern. Vor allem von ökologisch motivierten Gruppen erfährt der («real existierende») Föderalis-